

Wahlprüfstein DIE LINKE

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit

Wir beobachten mit großer Sorge, wie sich die Europäische Union zunehmend zu einer Weltmacht entwickelt, deren wirtschaftliche Kohärenz und Ressourcenbedarf auch durch eigene Militäraktionen abgesichert wird – eine Union, die sich abschottet insbesondere gegen den globalen Süden. Spätestens mit dem Lissabonner Vertrag ist die enge Zusammenarbeit zwischen EU und NATO offiziell bestätigt sanktioniert. Die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit/IFFF (engl. WILPF) sieht diese Entwicklung sehr kritisch: Als älteste Frauenfriedensorganisation, die 1915 während des 1. Weltkrieges durch Frauen gegründet wurde, die sich gegen diesen Krieg wandten und viele Ideen zur Vermeidung zukünftiger Kriege nicht zuletzt auch in den Völkerbund einbrachten, möchten wir in der Wahlkampfphase eine Debatte anregen, um Chancen für einen dauerhaften Frieden politisch auszuloten. Wir setzen auf einen veränderten Sicherheitsbegriff, der im Sinne "Menschlicher Sicherheit" die Bedürfnisse aller, wie Nahrung, Schutz, Gesundheit, sowie die Menschenrechte und die Menschenwürde ernst nimmt. Dieser Sicherheit kann in unseren Augen nur durch vertrauensbildende Maßnahmen und zivile Konfliktregelung Rechnung getragen werden. Frauen haben in diesem Bereich hohe Kompetenz und sollten auf allen Ebenen in Entscheidungsfindungen und Vertretungen eingebunden werden. Sie sind auch in besonderem Maße von der Militarisierung der Gesellschaft, von Gewalt und ihren Auswirkungen betroffen: Häusliche Gewalt, wirtschaftliche Ausbeutungsverhältnisse, Frauenhandel, Unterdrückung, ungerechte Handelsbeziehungen, Diskriminierung, Armut - die Liste ist lang. Solidarität und Gerechtigkeit erfordern langfristiges Denken und nachhaltige Politik.

Wir wenden uns daher an alle Kandidatinnen und Kandidaten und Parteien mit der Hoffnung, dass sie diese Forderungen der IFFF/WILPF in ihrem politischen Engagement berücksichtigen. Wir wünschen uns Transparenz und Dialog darüber. Wir sind gespannt auf Ihre Antwort.

Grundsätzlich stimmen wir - und das spiegelt sich sowohl in unserem Europa-Wahlprogramm als auch in unserem Bundestagswahlprogramm wider - mit fast allen ihren Forderungen überein. In einigen Punkten, z.B. im Bezug auf die europäische Handelspolitik, gehen unsere Forderungen über die ihrigen hinaus.

Da wir selbst einen Schwerpunkt unserer Arbeit auf die Implementierung der UN Resolution 1325 legen, ist uns ihre Organisation bekannt und wir beglückwünschen Sie zu ihrer oft erfolgreichen Arbeit.

Zu ihren Forderungen:

I. Die Partei DIE LINKE und auch die Europäische Linke sprechen sich gegen jegliche Form von Gewalt und damit auch gegen militärische Interventionen aus. Wir fordern den Ausbau der zivilen Konfliktbearbeitung und die Implementierung der UN-Resolution 1325. Jedes EU-Land sollte einen Aktionsplan zur Umsetzung von 1325 vorlegen. Dies versuchen wir auch durch eigene Frauen-Friedenspolitische-Veranstaltungen und Reisen aktiv zu fördern. So haben wir z.B. die Gruppe 1000 Friedensfrauen für den Friedensnobelpreis 2009 vorgeschlagen. Statt Militärinterventionen fordert DIE LINKE stets das volle Ausschöpfen politischer Verhandlungsmöglichkeiten. Dabei wollen wir, dass möglichst viele Vertreter/innen betroffener

Gruppen einbezogen werden. Wir unterstützen die Methoden und Institutionen der zivilen Konfliktprävention. Auch hier liegt ein besonderer Fokus auf der Beteiligung von Frauen. Deswegen betreibt DIE LINKE fortlaufend den Aufbau unseres Netzwerkes mit Frauen in Kriegs- und Krisenregionen.

DIE LINKE ist grundsätzlich für strenge Gender-Kriterien sowohl bei der praktischen Umsetzung von Friedensarbeit, als auch bei der personellen Ausstattung und Besetzung.

II. DIE LINKE unterstützt ein grundsätzliches Verbot von Waffen und setzt sich insbesondere für die atomare Abrüstung ein. In unserer parlamentarischen Arbeit verweisen wir laufend auf den problematischen Zusammenhang zwischen Waffenhandel und der Entstehung von Konflikten. DIE LINKE will, dass die Staaten der EU generell keine Rüstungsexporte –insbesondere nicht in Krisenregionen – durchführen. Wir setzen uns für das Verbot von Minen und Streumunition ein.

III. DIE LINKE setzt sich für eine kohärente EU-Handelspolitik ein, die davon Abstand nimmt andere Staaten durch Freihandelsabkommen an einer nachhaltigen Entwicklung zu hindern. Wir sprechen uns für Schuldenerlass der AKP-Staaten und anderer Entwicklungsländer aus. Wir sind gegen die Privatisierung öffentlicher Güter wie Wasser und Energie. Unser entwicklungspolitischer Ansatz ist durchgehend vom Grundsatz der Geschlechtergerechtigkeit geprägt.

IV. DIE LINKE strebt eine Reform der UNO an, die sie auch in ihrer Rolle als zentrale Akteurin bei der Koordination der Bearbeitung von Konflikten stärkt. Die zivile Konfliktbearbeitung der EU soll in dieses System eingebunden werden. Wir wenden uns strikt gegen den Ausbau des sogenannten zivilen Arms der NATO, sondern fordern stattdessen die Ersetzung der NATO durch ein kollektives Sicherheitssystem, welches auch Russland mit einschließt. Die Kompetenzen der OSZE als rein zivile internationale Organisation sollten bereits kurzfristig aufgewertet werden.

V. Für DIE LINKE nehmen das Völkerrecht und damit auch die Menschenrechte, eine zentrale Funktion bei der Beurteilung und Bearbeitung von Konflikten ein. Es ist daher selbstverständlich, dass die Menschenrechte in der EU an erster Stelle stehen sollten. Bezüglich der Asylproblematik setzen wir uns für eine Erweiterung des Flucht- und damit auch des Flüchtlingsbegriffs ein. Dieser Begriff sollte allen Formen der sexualisierten Gewalt, Unterdrückung bei sexueller Orientierung, Unterdrückung bei Religionszugehörigkeit etc. gerecht werden. Alle EU Staaten sollen die zentralen Menschenrechtskonventionen insbesondere im Bereich der sozialen Rechte umsetzen.